

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Senftenberg

Geschäftsbericht 2010



Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1 Einleitung

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH („LMBV“) mit Sitz in Senftenberg befindet sich zu 100 % im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland („Bund“).

Die LMBV hat nach Stilllegung der ihr übertragenen nicht privatisierungsfähigen Produktionsstätten folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sanierung der unter Bergrecht stehenden Baulichkeiten, Anlagen und Flächen entsprechend den von den Bergämtern genehmigten Abschlussbetriebsplänen (Sanierungsbergbau),
- Verwertung des Anlagevermögens, welches durch einen umfangreichen Liegenschaftsbestand geprägt wird, sowie Durchführung nachlaufender Verwaltungsaufgaben für die stillgelegten Produktionsbetriebe (Nichtsanierungsbergbau).

Die Finanzierung des Sanierungsbergbaues erfolgte im Geschäftsjahr 2010 auf Basis des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens vom 2. Juli 2007. Dieses dritte ergänzende Verwaltungsabkommen (VA IV) gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2012 und umfasst ein Gesamtvolumen von mehr als EUR 1,0 Mrd:

- Maßnahmen im Rahmen der Rechtsverpflichtung der LMBV zur Bergbausanierung in Höhe von EUR 663,5 Mio gemäß § 2 VA IV,
- Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers in Höhe von EUR 262,1 Mio gemäß § 3 VA IV sowie
- Maßnahmen u. a. zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards über die Verpflichtungen der LMBV hinaus in Höhe von ca. EUR 100,0 Mio gemäß § 4 VA IV.

Lagebericht

Darüber hinaus wurde die LMBV beauftragt, durch Einwerben von zusätzlichen Mitteln aus der Arbeitsförderung die finanziellen Voraussetzungen zur Beschleunigung des Sanierungsfortschritts zu schaffen und damit weitere beschäftigungswirksame Effekte zu erzielen.

Im Jahr 2010 war die Sanierungstätigkeit der LMBV beeinflusst durch Starkniederschläge im Zeitraum Juni bis September und das daraus resultierende Hochwasser in den Oberflächengewässern sowie die sehr hohen Grundwasserneubildungsraten. Dies war u. a. eine Ursache für den Grundbruch auf der Innenkippe der Tagebaufelder Spreetal vom 12. Oktober 2010; daraus resultieren erneute Überprüfungen zur Sicherheit aller Innenkippenbereiche.

Die Untersuchungen zur Ursachenermittlung des Böschungsereignisses in Nachterstedt vom Juli 2009 und zur Erstellung einer Sicherungs- und Sanierungskonzeption wurden fortgesetzt.

Die im Nichtsanierungsbergbau erzielbaren Erträge reichen nicht aus, um die hier anfallenden Aufwendungen vollständig auszugleichen. Insofern stattete der Bund die LMBV mit dem erforderlichen Eigenkapital und den notwendigen liquiden Mitteln zum Ausgleich der erwarteten Verluste und liquiden Fehlbedarfe aus. Die jeweils noch freien Mittel hat die LMBV an den Bund ausgeliehen. Die Mittel fließen bedarfsgerecht auf Basis der Wirtschaftspläne an die LMBV zurück.

Die im Gesellschaftsvertrag der LMBV definierten Aufgaben sind endlich, wenngleich deren Realisierung einen wesentlich längeren und aus heutiger Sicht unbestimmten Zeitraum einnimmt. Insofern hat die LMBV in Konsequenz aus der Abarbeitung ihrer Aufgaben auch die Verpflichtung, regelmäßig ihre Organisationsstruktur und ihren Personalbestand zu überprüfen und gegebenenfalls an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Unter dieser Prämisse und insbesondere unter Beachtung der aktuellen Einschätzung der Planungs- und Genehmigungsstände der laufenden Sanierungsarbeiten, der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen der Gefahrenabwehr sowie des Ereignisses im Tagebau Nachterstedt, der Starkniederschläge sowie des oben genannten und weiterer Grundbrüche in noch vollständig abgesperrten Bereichen in der Lausitz war es notwendig, im Rahmen der jährlichen Präzisierung der Personalentwicklungskonzeption den Stellenplan für 2010 und 2011 ff. so zu gestalten, dass die Arbeitsfähigkeit der Gesellschaft erhalten bleibt. So hat die Gesellschaft, vornehmlich für die Struktureinheiten Geotechnik, Planung sowie für die Sanierungsbereiche Neueinstellungen im Einvernehmen mit den betrieblichen Mitbestimmungspartnern vorgenommen. Aufsichtsrat und Gesellschafter haben den aktuellen Planansätzen zugestimmt.

Hochrangige Vertreter des Bundes und der Länder haben sich dazu bekannt, dass die Braunkohlesanierung auch nach 2012 weitergeführt werden soll. Die Verhandlungen zur IV. Ergänzung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den ostdeutschen Braunkohleländern wurden im Juni 2010 aufgenommen.

2 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Sanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2010

Die LMBV als Bergbauunternehmen und Projektträger der Braunkohlesanierung erfüllte ihre Aufgaben unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch im Jahr 2010.

Für die Fortsetzung der Braunkohlesanierung im Rahmen der Rechtsverpflichtungen der LMBV gem. § 2 des VA IV haben der Bund, die Braunkohleregionen und die Arbeitsverwaltungen im Jahr 2010 finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt EUR 145,0 Mio unter Berücksichtigung der für das Jahr 2010 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 2, § 3 sowie Betriebsmittel Nichtsanierungsbergbau und zusätzlicher Mittel vom Land Sachsen-Anhalt bewilligt. In der Abarbeitung ergaben sich Aufwendungen von EUR 144,1 Mio, davon entfallen EUR 24,4 Mio auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 119,7 Mio auf Fremdleistungen.

Die LMBV hat im Jahr 2010 in Auswertung der geotechnischen Ereignisse sowohl innerhalb der Geltungsbereiche der Abschlussbetriebspläne (§ 2) als auch innerhalb der Grenzen der Grundwasserabsenkungsbereiche (§ 3) zusätzliche interne und externe Bewertungen zur Überprüfung der Sicherheitskonzepte für ca. 450 Kippen- und Böschungsbereiche auf ihre Vollständigkeit, Plausibilität und Aktualität veranlasst. In Einzelbereichen besteht weiterführender Erkundungs- und Untersuchungsbedarf der Standsicherheitsverhältnisse.

Für das **Sonderprojekt Nachterstedt** sind für im Zusammenhang mit notwendigen Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung Sanierungsaufwendungen in Höhe von ca. EUR 13,3 Mio im Jahr 2010 angefallen. Zur Finanzierung dieses Sonderprojektes wurde im März 2010 eine Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2010-2012 abgeschlossen. Die Untersuchungen zur Unglücksursache wurden in 2010 kontinuierlich weitergeführt.

In einem ersten Resümee Anfang 2010 wurde, sowohl vom LMBV-Gutachter, als auch seitens des LAGB-Gutachters übereinstimmend festgestellt, dass weitere Untersuchungen und Erkundungen, vor allem im Rutschungskessel erforderlich sind. Des Weiteren sind die Maßnahmen zur Liegendwasserentspannung fortzusetzen.

Im Juni wurde die Lotung des Seebodens des Concordiasees mit einem Multi-Beam-Sonar von hochseetüchtigen Booten vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Lotung bildeten die Grundlage für die nachfolgenden Planungen und der Einreichung des Genehmigungsverfahrens beim LAGB zur weiteren seeseitigen Erkundung.

Die bisherigen Auswertungen lassen insgesamt den Schluss zu, dass ein sehr komplexer Ursachenhintergrund vorliegt und mehrere Einflussfaktoren wohl gleichzeitig, jedoch in einer bisher noch nicht bekannten Art und Weise zusammengewirkt haben müssen.

Um den weiteren Anstieg des Wasserspiegels des Concordiasees auf Grund des Eigenaufgangs und der Entlastung des Tagebaurestloches Königsau zu vermeiden, wurde am 11. Oktober 2010 eine provisorische Pumpstation als Maßnahme zur Gefahrenabwehr in Betrieb genommen. Im Rahmen der seeseitigen Erkundung sollten ab November von hochseetauglichen Pontons Drucksondierungen und 18 Bohrungen mit durchgehendem Kerngewinn im See niedergebracht werden, die aber auf Grund der Witterungsverhältnisse bisher nicht realisiert werden konnten. Der Abschluss der seeseitigen Erkundung wird im III. Quartal 2011 angestrebt. Die Sicherung und Sanierung des beeinträchtigten Böschungsabschnittes wird voraussichtlich in 2011 beginnen und bis 2015 andauern. Dabei sollen nach Beginn der Maßnahmen im Jahre 2011 im Schadensgebiet die Arbeiten soweit vorangebracht sein, dass eine eingeschränkte Zwischennutzung des Bergbaufolgesees Concordia schrittweise ab Juli 2012 möglich wird.

Am 12. Oktober 2010 gegen 14.00 Uhr hat sich nördlich von Hoyerswerda (Freistaat Sachsen) im Raum des Tagebaufeldes **Spreetal** ein großflächiger Grundbruch in Folge der Verflüssigung von Kippensanden im Kippenbereich ereignet. In diesem Bereich fanden zu dieser Zeit Massenverkippen mit mobiler Erdbautechnik statt. Im Zuge des Grundbruches wurden fünf LKW erfasst. Durch den Grundbruch wurde ein Areal von ca. 110 Hektar (etwa 1.800 m lang und 600 m breit) beeinträchtigt. Der betroffene Bereich wurde großflächig abgesperrt und gesichert. Nach dem Untersuchungsergebnis ist der großflächige Grundbruch durch einen lokal begrenzten Grundbruch auf Grund von Verflüssigungen im Untergrund im Südosten des Schadensgebietes ausgelöst worden. Zwei Einflussfaktoren haben diesen lokalen Grundbruch maßgeblich verursacht. Zum Einen waren durch lang anhaltende Regenfälle die oberen Bodenschichten stark wassergesättigt und dadurch in ihrer Lastaufnahmefähigkeit beeinträchtigt. Zum Zweiten führten die aktuellen Sanierungsarbeiten der LMBV mit den Bodenverkippen zu einem zusätzlichen Lasteintrag, welcher dann zu dem lokalen Grundbruch führte. Dieser lokale Grundbruch reichte aus, die Sackungspotenziale der Innenkippe in einer Kettenreaktion in Bewegung zu setzen und damit das Ausmaß des großflächigen Grundbruches zu bestimmen.

Die LMBV hat nach dem Grundbruch im Tagebaufeld Spreetal sowie weiteren fünf im Jahre 2010 eingetretenen geotechnischen Ereignissen in den brandenburgischen Sanierungsgebieten Seese und Schlabendorf eine Überprüfung zusätzlicher Innenkippenbereiche in der Lausitz hinsichtlich der geotechnischen Situation in gutachterlicher Begleitung veranlasst. Dabei handelt es sich prioritär um Bereiche, die auf Grund ihrer geologischen Zusammensetzung und ihres technologischen Aufbaus zum Grundbruch neigen könnten. Weiterhin werden Bereiche überprüft, bei denen die lang anhaltenden Niederschläge im August/September 2010 zu einer zusätzlichen Wassersättigung der oberen Bodenpartien über dem Grundwasserspiegel geführt haben. Dies betrifft Kippentiefen mit geringer Überdeckung sowie sensible Altbergbaubereiche mit ver-

flüssigungsfähigem Material. Zu großen Anteilen handelt es sich bei diesen Flächen um Kippen, die bereits vor 1990 und damit nicht im Rahmen der Bergbausanierung hergestellt wurden.

Bis zum Vorliegen belastbarer Untersuchungsergebnisse wurden in Brandenburg und Ostachsen zusätzlich zu den noch bestehenden Sperrbereichen in den Sanierungsgebieten weitere 13.900 ha Kippenbereiche in den Tagebaufeldern großräumig für eine öffentliche Nutzung vorsorglich vorübergehend gesperrt. Es handelt sich im Wesentlichen um Forstwirtschafts-, Landwirtschafts- sowie sonstige Flächen. Die LMBV hat die betroffenen Grundstückseigentümer unverzüglich informiert, ihnen die notwendigen Verhaltensanforderungen mitgeteilt und befindet sich auch hinsichtlich ggf. entstehender Nutzungsausfälle in Abstimmung.

Die Ergebnisse der Überprüfungen für die zusätzlichen Sperrbereiche sollen bis zum 31. März 2011 vorliegen. Die LMBV wird dann in Abstimmung mit dem LBGR und dem SächsOBA die notwendigen Entscheidungen zur möglichen Freigabe für eine gefahrlose öffentliche Nutzung bzw. zu notwendigen weiteren Sicherungsmaßnahmen treffen.

Folgende ausgewählte Schwerpunkte der Grundsanie rung (§ 2 VA IV) im Jahr 2010 sind zu nennen:

- Der Abriss der Brücke der ehemaligen Kohlebahntrasse von Meuro nach Sedlitz in der Ortslage Sedlitz wurde abgeschlossen. Dabei wurden ca. 900 t unterschiedliche Abbruchmassen geborgen und fachgerecht entsorgt. Östlich und südlich vom Restloch Hörlitz begannen die Sanierungsarbeiten an alten bergbaulichen Strecken.
- Die im Jahr 2009 begonnene Rütteldruckverdichtung zur Sicherung der ehemaligen Bauschuttdeponie am Restloch Sedlitz wurde im II. Quartal 2010 abgeschlossen. Insgesamt mussten hierfür 450 Tm³ Bodenmassen verdichtet werden, um die 40 m breiten versteckten Dämme auf 800 m Länge herzustellen.
- Im Zusammenhang mit der Sperrung der Deutschen Bahn AG zum Abriss der Brücke in der Ortslage Sedlitz wurden die ersten Tunnelsegmente des künftigen Überleiters 11 vom Restloch Sedlitz zum Restloch Meuro errichtet. Dabei erfolgte eine Unterquerung von zwei Eisenbahnstrecken. Die Finanzierung erfolgte gesplittet mit einem Anteil von 30 % aus dem § 2 VA IV und 70 % aus dem § 4 VA IV.
- Ende Juni 2010 wurde der zweite Bauabschnitt der neuen Ortsverbindung zwischen Klettwitz und Kostebrau, welcher als Ersatz für die bergbaulich in Anspruch genommenen Wegeverbindungen als bergrechtliche Verpflichtung herzustellen war, seiner Bestimmung übergeben. Durch Vertreter der Kommunen, des Landes und der LMBV konnte die rund 40 Jahre unterbrochene Verbindung wieder freigegeben werden. Die neue Straße hat eine Gesamtlänge von ca. 5,5 km und eine Breite von 5,50 m.

Lagebericht

- Die vorbereitenden Baumaßnahmen zur Sicherung des Geländeeinbruchkessels Seese West (Kleptna-Niederung) mittels Sprengverdichtung, Rütteldruckverdichtung und mobilem Erdbau begannen am 1. November 2010. Die Dammbreite zur Umschließung des Geländeeinbruchkessels beträgt ca. 60 m.
- Anfang Oktober 2010 erfolgte der Beginn der Sicherungsarbeiten auf der gewachsenen Seite des ca. 6 km langen Südrandschlauches Jänschwalde mit mobiler Erdbautechnik. Die zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen eines Geotops bestehen aus einer Zusatzvorschüttung aus Steinen und/oder Gabionen mit einem Volumen von ca. 40 Tm³.
- Ende März 2010 wurde für den ausgebauten Oberen Landgraben vom Verteilerwehr nahe der Ortslage Bluno bis zum Einlauf in den Sedlitzer See der Testbetrieb durchgeführt. Die Gesamtlänge des errichteten Grabens beträgt ca. 9 km. Dabei wurden neun neue wasserbauartige Anlagen und Bauwerke errichtet.
- Im Zuge der Rückbaumaßnahmen der Absetzbecken 4 - 6 in Zerze wurde die Entsorgung von insgesamt ca. 7.400 t Teerrückständen Mitte März 2010 realisiert.
- Mit dem erfolgreichen Probetrieb im Mai 2010 konnte der Umbau der Zulaufanlage für den Tagebau Berzdorf aus der Neiße erfolgreich abgeschlossen werden. Die Flutung kann, je nach Wasserdargebot, mit einer maximalen Durchflussmenge von 10 m³/s bis zum Endstau fortgesetzt werden. Am 7. August 2010 traten jedoch im Tagebaurestgewässer Berzdorf infolge von Hochwassereinbrüchen Beschädigungen an Böschungen und Anlagen ein. Bedingt durch Starkniederschläge kam es zu einem Dambruch am polnischen Staubecken der Witka, der die bestehende Hochwassersituation in der Lausitzer Neiße noch verschärfte. Diese Extremsituation führte dazu, dass die Neiße unkontrolliert über die Ufer trat und an mehreren Stellen (auf einer Gesamtlänge von ca. 500 m) nach dem Bruch des Bahndammes an der Nordostböschung in den Tagebau Berzdorf floss. Im November 2010 wurde mit der Beseitigung der Hochwasserschäden begonnen.
- Im Laufe des Jahres wurden im Bereich des Restlochs Nordrandschlauch Spreetal zur Sicherung der gegenwärtig locker gelagerten Kippenmassen im ungesicherten Vorland des Stützkörpers mehrere Testsprengungen mittels Horizontalbohrlochverfahren durchgeführt.
- Die Nachkonditionierung des Wasserkörpers Burghammer zur weiteren Wasserqualitätssicherung für die Ausleitung in die Kleine Spree wurde 2010 in vier Behandlungen realisiert. Die bereits 2009 zum Einsatz gekommenen Sanierungsschiffe haben insgesamt ca. 2.100 t Kalk in den See eingebracht.
- Die Bauarbeiten zur Errichtung der Vorflutanbindung der Restlöcher Hain/Haubitz an die Pleiße wurden planmäßig fortgeführt. Anfang Dezember 2010 konnte die Bauabnahme für den 2. und 3. Abschnitt erfolgen.

- Am 26. Mai 2010 erfolgte die wasserrechtliche Abnahme des Brodauer Ableiters (Vorflutgraben des Werbeliner Sees) durch die Landesdirektion Leipzig. Der planfestgestellte Zielwasserstand des Werbeliner Sees von + 98,00 m NHN durch Fremdflutung mit Luppe-Wasser wurde Ende April erreicht.
- Das Vorhaben „Entwicklung Bergbautechnikpark Espenhain“ wurde planmäßig im II. Quartal 2010 auf einer Gesamtfläche von ca. 5,2 ha begonnen (gesplittete Finanzierung § 2 VA IV und § 4 VA IV). Mit Hilfe des Baggers 1547 und des Absetzers 1115 sowie weiterer Geräte soll die Technologie des Braunkohlentagebaus, wie sie im Tagebau Espenhain praktiziert wurde, demonstriert werden.
- Die Errichtung der „Neutralisationsanlage Mölbis“ am Nordrand der Halde Trages konnte im IV. Quartal 2010 abgeschlossen werden. Schwerpunkt der Maßnahme war das Erreichen einer einleitbaren Wasserqualität der aus der Halde Trages in die Gebietsvorflut einzuleitenden bergbaubeeinflussten Sicker- und Oberflächenwässer.
- Bedingt durch die bergbauliche Inanspruchnahme von Retentionsflächen der Weißen Elster durch den Tagebau Zwenkau ist als Ersatz im zukünftigen Zwenkauer See eine bespannbare Retentionslamelle von 15 Mio. m³ zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden am 2. August 2010 die Baumaßnahmen nahe der Ortslage Zitzschen begonnen, die die Herstellung eines Abschlagbauwerkes in der Weißen Elster, eines Überleiterbauwerkes und eines Einlaufgerinnes in den Zwenkauer See, sowie den Bau einer Brücke im Verlauf der B 186 über das Überleiterbauwerk beinhalten.
- Die siebenmonatigen Bauarbeiten zur Errichtung des Flutungsleitungsabschnittes Störmthal Nordwest im Rahmen des Rohrverbundsystems Flutung Südraum Leipzig konnten planmäßig im Mai 2010 abgeschlossen und die Leitung in Betrieb genommen werden. Die gusseiserne Druckrohrleitung DN 600 hat eine Länge von ca. 1,9 km und ist als zusätzliche Einleitstelle im Oberwasser des Überleiters von Störmthal nach Markkleeberg errichtet worden. Parallel dazu wurde das Auslaufbauwerk auf der Böschung an der Uferlinie des Störmthaler Sees erbaut.
- Auf dem Gelände der ehemaligen Schwelerei Profen wurde die Phase 2 (Dauerbetriebsphase des Probetriebes) des Feldversuches der ENA-Anlage (Gasinjektionsanlage) umgesetzt.
- Im Bereich des Harbker Mühlenbacheinschnittes im Tagebau Wulfersdorf wurden die Erdarbeiten planmäßig weitergeführt. Zur Anstützung der Böschung im Einbaubereich 5 erfolgte eine Massenbewegung von ca. 600 Tm³.
- Die auf einer Teilfläche entsprechend Abschlussbetriebsplan durchzuführende Verwahrung untertägiger Hohlräume im Bereich der Halde Phönix-Nord in Thüringen konnte im I. Quartal abgeschlossen werden. Am 15. September 2010 begann die Maßnahme "Rückbau Brü-

Lagebericht

cke" im Bereich der Ortslage Prößdorf als Restleistung und Voraussetzung zur Beendigung der Bergaufsicht für die ehemalige Kohlebahnstrecke „E“.

Im Rahmen der Projekte zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg (§ 3 VA IV) wurden im Jahr 2010 Sanierungsleistungen in Höhe von EUR 44,0 Mio erbracht, davon Fremdleistungen in Höhe vom EUR 32,7 Mio.

Das im § 3 VA IV zur Verfügung stehende Budget in Höhe von EUR 47,8 Mio unter Berücksichtigung der für das Jahr 2010 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 3 und § 2 wurde auf Grund des Wegfalls einiger Handlungsbedarfe, der kostengünstigeren Realisierung einiger Maßnahmen sowie der teilweisen zeitlichen Verschiebungen unterschritten.

In allen Bereichen wurden die ingenieurtechnischen Leistungen zur Gefahrenermittlung im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg sowie für die Erarbeitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen intensiv weitergeführt.

Das hohe Niederschlagsaufkommen hat großflächig auch zu einer ungewöhnlich problematischen Entwicklung der hydrologischen Verhältnisse in Städten und Ortschaften geführt. Damit verbundene extrem hohe Grundwasserneubildungsraten, ein lang anhaltend hoher Wasserstand in den Flüssen in Überlagerung mit dem Wiederanstieg des Grundwassers führten schließlich dazu, dass eine große zusätzliche Anzahl von Häusern Vernässungsprobleme bekamen. Etwa 1.000 Betroffenen hat die LMBV ohne Anerkennung einer Rechtspflicht unbürokratisch erste Hilfe in Form von Sofortmaßnahmen zukommen lassen. Die LMBV hat in dieser Situation durch Abschlagung von Flusswasser in die Tagebauseen im August, aber auch danach, mit über 25,5 Mio m³ dazu beigetragen, dass die Hochwassersituation in den Einzugsgebieten der Neiße, der Spree und der Schwarzen Elster deutlich abgemildert wurde.

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte der Sanierungstätigkeit im § 3 VA IV des Jahres 2010 waren:

- Infolge des Grundwasserwiederanstieges begannen im Juli 2010 die Bauarbeiten an der Kreisstraße (K 6130) zwischen Beesdau und Goßmar im Landkreis Dahme Spreewald für eine grundlegende Sicherung und Erneuerung. Des Weiteren nahm im IV. Quartal 2010 das neu errichtete Schöpfwerk zur Vorflutregulierung des Raumes Seese/Schlabendorf in Beesdau seinen Probetrieb auf.
- Am Clubteich im Bereich der Ortslage Hosena wurden aus den gefährdeten Uferbereichen die Schlammablagerungen entfernt. Mittels Saugspülbagger wurde das notwendige Material zum Auffüllen der Böschungen aus tieferen Bereichen gewonnen und zur Herstellung der Spülkörper genutzt. Anschließend erfolgte mit „Leichter Rütteldruckverdichtung“ die Sicherung der Uferbereiche.

- Im Bereich Friedenseck/Pappelweg der Ortslage Lauchhammer wurden intensive geologische Erkundungsarbeiten des verflüssigungsgefährdeten Kippenuntergrundes durchgeführt. Als Vorzugsvariante der Sanierung wurde eine Grundwasserabsenkung mit einer Wasserab-
leitung in die Vorflut über einen Pumpbetrieb herausgearbeitet. Die von der zuständigen Be-
hörde verfügten Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit bleiben
bestehen.
- Die Maßnahmen zur geotechnischen Sicherung der Siliziumhalde in Lauchhammer durch
Böschungsabflachung sowie Maßnahmen zur Rekultivierung und Wiedereingliederung der
Fläche in die umgebende Natur wurden nach etwa 14-monatiger Bauzeit im November 2010
fertig gestellt.
- Die Einbindung des Weststrandgrabens Hoyerswerda in den Lugteichzuleiter wurde bauseitig
realisiert. Damit sind die Voraussetzungen zur Ableitung des im Stadtgebiet gehobenen
Grundwassers in den Lugteich gegeben.
- Die Sanierungsarbeiten am Knappensee im Bereich der Ortslage Groß Särchen zur Herstel-
lung der Trittsicherheit in den Uferbereichen mittels „Leichter Rütteldruckverdichtung“
wurden planmäßig weitergeführt. Die Verdichtungsmaßnahmen erfolgten über eine Länge
von ca. 500 m und bis zu einer Tiefe von 7 m auf dem Seegrund.
- In Vorbereitung der Standortverlagerung des Unternehmens Swanenberg GmbH sind an dem
neuen Standort östlich der ehemaligen Kohleverladung des Restlochs Scheibe, im I. Halbjahr
2010 auf einer Fläche von ca. 9 ha Holzungs-, Rodungs- und Untergrundgestaltungsmaß-
nahmen vorgenommen worden. Des Weiteren wurde die Straßenzufahrt zu dem neuen
Standort auf einer Länge von ca. 300 m und einer Ausbaubreite von 5,50 m fertig gestellt.
Durch die Swanenberg GmbH wurde mit der Planung der Umsiedlung und dem Bau der An-
lagen auf dem neuen Betriebsgelände begonnen. Durch die Standortverlagerung sind die Vo-
raussetzungen zur Sanierung des Bahndammes im Bereich des Bahnhofes Lohsa gegeben.
Die Deutsche Bahn AG wird die Bahnanlagen im Bereich Lohsa zurückbauen. Anschließend
wird die LMBV mit den eigentlichen Sanierungsarbeiten am Kippenkörper beginnen. Der-
zeitig laufen vorbereitende Maßnahmen zum geplanten Realisierungsbeginn.
- Im III. Quartal 2010 begann in der Gemeinde Spreetal/OT Zerre die Realisierung von Maß-
nahmen zur Gefahrenabwehr gegen aufsteigendes Grundwasser. So wurden in der Ortslage
zwei Gräben von ca. 1,8 km Länge und einer Tiefe bis zu 2 m ausgehoben um das anfallende
Wasser abzuleiten.
- Bauvorbereitende Maßnahmen sowie der Rückbau des Loberwehres wurden im I. Halbjahr
2010 in Delitzsch realisiert. Es schlossen sich Ersatzbaumaßnahmen für die Speisung des
Wallgrabens und des Biokraftwerkes an. Im Oktober wurden die Baumaßnahmen zur Besei-
tigung der Kolmationsschicht im Lober mit dem 3. Bauabschnitt fortgeführt.

Lagebericht

- Das Vorhaben "Abdichtung quartäre Rinne" im Stadsicherungsprojekt Bitterfeld wurde Ende September 2010 mit der Inbetriebnahme abgeschlossen. Der Betrieb der Drainage und der Grundwasserreinigungsanlage im Bereich Bergmannshof verläuft weiterhin planmäßig.
- Nach knapp zweijähriger Bauzeit am Muldestausee in Bitterfeld wurde am 26. Mai 2010 eine Fischaufstiegsanlage durch die Landwirtschafts- und Umweltministerminister des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Sachsen feierlich eingeweiht. Damit wurde ein Bauwerk errichtet, welches wesentlich den ökologischen Verbund der in der Region vorhandenen Gewässer positiv beeinflussen wird.
- Im Bereich des Restloches Königsau im Nordraum Sachsen-Anhalts liefen seit Anfang des Jahres 2010 an den zu sanierenden Haldenabschnitten 1 und 2 die erforderlichen Sanierungsarbeiten zur Sicherung der Böschungen mittels mobiler Erdbautechnik gegen aufsteigendes Grundwasser. Nach dem Einbau von Geotextil und lagenweise verdichtetem Austauschmaterial erfolgte am neu entstehenden Haldenfuß ein Stützkörperaufbau.
- In mehreren Ortslagen des Freistaates Thüringen wurden ingenieurtechnische Leistungen zur geohydrologischen Modellierung sowie Schadensaufnahmen zur Ermittlung von Betroffenheiten infolge Grundwasserwiederanstieg vorgenommen.

Im Auftrag der Braunkohleländer realisierte die LMBV Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards gemäß § 4 VA IV in einem Gesamtumfang von EUR 27,7 Mio (netto), das entspricht EUR 31,6 Mio (brutto).

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte des Jahres 2010 waren u. a.:

- Im I. Halbjahr 2010 begannen die Arbeiten am 90 m langen Tunnelbauwerk der schiffbaren Verbindung vom Geierswalder See zum Senftenberger See im Bereich der noch umzuverlegenden Schwarzen Elster. Parallel dazu wurden die Arbeiten zum Bau des Tunnels an der B 96 weitergeführt.
- Mit dem Bau der Schleuse sowie der darüber liegenden Brücke für die Staatsstraße 234 an der schiffbaren Verbindung Restsee Spreetal/ Bluno-Skadoer See (Überleiter 6) wurden im Jahr 2010 zwei wichtige Bauwerke fertig gestellt. Am 20. September 2010 erfolgte im Beisein der Ministerpräsidenten von Brandenburg und dem Freistaat Sachsen die Verkehrsfreigabe der Staatsstraße.
- Im Mai 2010 wurde der Radweg zwischen Spreewitz und Spreewitz Siedlung an den Landkreis Bautzen übergeben. Die Gesamtmaßnahme endete im Herbst 2010 mit dem Abschluss der Pflegemaßnahmen für die Ausgleichspflanzungen.
- Der Bau der 42 m langen Fuß- und Radwegebrücke über die Schwarze Elster in Hoyerswerda Richtung Seidewinkel wurde im Oktober abgeschlossen.

- Die Gewässerunterhaltung im Floßgraben auf der Gemarkung der Stadt Markkleeberg konnte im IV. Quartal 2010 abgeschlossen werden. Die Bauarbeiten am Schleusenbauwerk Connewitzer Wehr, eine Voraussetzung für die gewässertouristische Nutzung im Rahmen des Nutzungskonzeptes (Stadthafen Leipzig bis Cospudener See), wurden planmäßig fortgeführt.
- Die Maßnahmen zur technischen Gebäudeausrüstung an der schwimmenden Kirche – VINETA - im Störmthaler See wurden planmäßig im Jahr 2010 realisiert. Mit dem Einschwimmen des Kunstobjektes Vineta vom Bauplatz auf den Störmthaler See erfolgte der Höhepunkt der § 4-Maßnahmen VA IV 2010 in Westsachsen.
- Im IV. Quartal 2010 erfolgte die Fertigstellung der Hafenummauerung, der Mole und des Aussichtspunktes im Segelhafen der Grunaer Bucht des ehemaligen Tagebaues Espenhain. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung wurden sie an die Gemeinde Großpösna übergeben.

Ausblick

Mit der Erteilung neuer Planfeststellungsbeschlüsse im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier hat die LMBV weitere Rechts- und Planungssicherheit zur Weiterführung der bergbaulichen und wasserrechtlichen Sanierungsarbeiten erhalten.

So erfolgte am 17. Mai 2010 durch das Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt die Übergabe des Planfeststellungsbeschlusses zur Flutung und Vorflutbindung für das Tagebaurestloch Gröbern. Des Weiteren wurde am 20. Mai 2010 durch die Landesdirektion Leipzig für ein weiteres Teilvorhaben des Planfeststellungsverfahrens Espenhain die „Herstellung und Einbindung des Crostewitzer Grabens“ die wasserrechtliche Genehmigung erteilt.

Die Landesdirektion Dresden übergab der LMBV am 23. Dezember 2010 den wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss zum „Wasserspeichersystem Lohsa II“, Teil 1, der die Herstellung des Wasserspeichers, die Ausleitung des Wassers über das Speicherbecken Burghammer und die Durchführung des Probestaus im Speichersystem regelt. Über noch notwendige weitere Teilvorhaben innerhalb des Gesamtausbaus wird im weiteren Fortgang des Verfahrens in einem zweiten Teil des Planfeststellungsbeschlusses im Jahr 2011 entschieden.

Die zahlreichen Nebenbestimmungen und Auflagen aus den Planfeststellungs- und -genehmigungsverfahren und deren Änderungs-, Ergänzungs- und Teilvorhaben stellen weiterhin hohe Anforderungen an die ingenieurtechnische Begleitung der Prozesse dar. Von insgesamt 51 Planfeststellungsverfahren zur Herstellung der Tageauseen wurden 19 Verfahren bereits beschieden. Weiterhin liegen neun Beschlüsse von insgesamt 28 Änderungs-, Ergänzungs- und Teilvorhaben der Planfeststellungsverfahren als Bestandteil einer wasserrechtlichen Genehmigung vor. Von insgesamt elf Plangenehmigungsverfahren wurden zwei Verfahren beschieden.

In den Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren durch den Grundwasserwiederanstieg wurden die Planungsprozesse zielgerichtet weiter geführt, so dass die LMBV hier über solide Grundlagen für die Maßnahmeumsetzung in den Folgejahren verfügt. Auf die komplexen Betroffenheiten, wie z. B. das Stadtgebiet Delitzsch, die Kraftwerkssiedlung Bitterfeld, Teile der Ortslage Zscherndorf, das Gewerbegebiet Laugkfeld in Senftenberg mit östlichem Stadtgebiet sowie für den Bereich des Bahnhofes Lohsa wird seitens der LMBV besonderes Augenmerk auf die ingenieurtechnische Bearbeitung gelegt.

Aber auch bei einer Vielzahl von Einzelbetroffenheiten werden Gefahrenabwehrmaßnahmen vorbereitet und realisiert.

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlealtbergbaus im Auftrag der Braunkohleländer werden auf der Grundlage des mit den Ländern bis 2012 abgestimmten Rahmens kontinuierlich weiter geführt.

Viertes ergänzende Verwaltungsabkommen (VA V)

Im Sommer des Jahres 2010 wurden die Auftaktgespräche zwischen dem Bund und den ostdeutschen Braunkohleländern zur weiteren Finanzierung der Braunkohlesanierung nach dem Jahr 2012 begonnen. Zur Vorbereitung der weiteren Verhandlungen des VA V fanden im November 2010 sowie im Januar und März 2011 Gespräche zwischen den Braunkohleländern, dem Bund und der LMBV statt. Hauptinhalt war die Darstellung der Herangehensweise und der Ergebnisse der Projektplanung der LMBV und die Vorstellung der Leistungsinhalte der Projektplanung durch die LMBV im Zeitraum 2013 bis 2017 sowie ein Ausblick für 2018 ff. An den Gesprächen nahmen aus den Ländern Vertreter von zuständigen Ministerien, Behörden und Planungsorganen teil. Entsprechend dem gegenwärtigen Planungsstand wurde für den Zeitraum 2013-2017 ein Volumen von ca. EUR 770 Mio für § 2-Maßnahmen und von ca. EUR 460 Mio für § 3-Maßnahmen als Verhandlungsgrundlage für ein VA V ermittelt.

3 **Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2010**

Das Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau wird im Wesentlichen durch die Verwaltung und den Verkauf der Liegenschaften geprägt.

Im Jahr 2010 konnten Liegenschaftsverkäufe im Umfang von 1.074 ha bilanzwirksam realisiert werden. Darüber hinaus wurden 12,3 ha auf dem Wege der Vermögenszuordnung gemäß VZOG bzw. der Restitution entsprechend VermG auf Dritte übertragen. Aus vorstehend genannten Liegenschaftsverkäufen erzielte die LMBV Erlöse in Höhe von EUR 3,5 Mio. per 31. Dezember 2010 beträgt der Liegenschaftsbestand 31.091 ha. Die Flächenzunahme begründet sich im 2010 erfolgten Ankauf von ca. 1.320 ha Flächen des zukünftigen Wasserspeichers Lohsa II von der GESA.

Schwerpunkte dieser Liegenschaftsverkäufe des Jahres 2010 im Hinblick auf den Verkaufsumfang und das vorgesehene Nutzungsziel waren im Wesentlichen:

- Verkauf von 127 ha Flächen des ehemaligen Tagebaufeldes Delitzsch-SW an die Stadt Delitzsch zur Entwicklung eines Sondergebietes am Werbeliner See (davon werden 18 ha im Jahr 2011 und 71 ha im Jahr 2012 bilanzwirksam),
- Verkauf von ca. 21 ha Entwicklungsflächen „Lagune am Sedlitzer See“ an die Stadt Senftenberg,
- Verkauf einer ca. 19 ha großen Grünlandfläche im Bereich des ehemaligen Tagesbaues Delitzsch-SW über öffentliche Ausschreibung,
- Verkauf der denkmalgeschützten Schaltwarte einschließlich ca. 2,9 ha Industrie- und Gewerbefläche auf dem Mitteldeutschen Industriepark Espenhain,
- Verkauf von ca. 10 ha Flächen der ehemaligen Brikettfabrik Bruckdorf als Gewerbeflächen an die Stadt Halle (Saale),
- Verkauf Gewerbegrundstück (0,3 ha) mit aufstehendem Verwaltungsgebäude „Haus 29“ im Lausitz-Industriepark Marga,
- Verkauf von ca. 34 ha Forstflächen bei Senftenberg.

Des Weiteren wurden im Jahr 2010 Liegenschaftsverkäufe der Vorjahre bilanzwirksam, u. a.:

- Entwicklungsflächen der „Magdeborner Halbinsel“ (auch „Halbinsel Gruna“ genannt) mit ca. 65 ha als am Störnthaler See an die Gemeinde Großpösna (dabei sind im Jahr 2010 Teilflächen von 16,5 ha bilanzwirksam übergegangen),
- Verkauf der ehemaligen Tagesanlagen Merseburg-Ost am Wallendorfer See als Grünfläche (ca. 27 ha),
- Verkauf von ca. 11 ha Entwicklungs- und naturnahen Flächen am Bockwitzer See an die Stadt Borna nach mehrjährigen Verhandlungen,

Lagebericht

- Verkauf der Fläche „Nordufer“ am Sedlitzer See an die Stadt Senftenberg zur Entwicklung eines Gewerbegebietes (ca. 31 ha),
- Verkauf von 0,7 ha Gewerbeflächen im Lausitz-Industriepark Marga mit sieben denkmalgeschützten Gebäuden (Häuser 1-3, 5-7, ehemalige Ledigenheime der Ilse Bergbau AG),
- Verkauf von ca. 289 ha landwirtschaftlicher Rekultivierungsflächen im Tagebaufeld Jänschwalde und ca. 141 ha im Tagebaufeld Welzow an die Vattenfall Europe Mining AG,
- Verkauf von 66 ha landwirtschaftlicher Flächen am Berzdorfer See an die Gemeinde Markersdorf für künftige touristische Entwicklungen,
- Verkäufe von Forstflächen in Größe von ca. 38 ha am Berzdorfer See und ca. 51 ha bei Finsterwalde.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2010 für 464 ha weitere notarielle Grundstückskaufverträge abgeschlossen, die noch nicht bilanzwirksam sind. Schwerpunkte sind hier:

- Verkauf von ca. 20 ha Forstflächen auf der „Magdeborner Halbinsel“ (auch „Halbinsel Gruna“ genannt) am Störmthaler See an die Gemeinde Großpösna in Vorbereitung des Highfield-Festivals, das im August 2010 stattfand,
- Beurkundung von notariellen Kaufangeboten mit Zahlung von Reservierungsentgelten
 - an die Sachsenerz Bergwerks-GmbH (ehemals Geiger Holding GmbH) über 6,66 ha Industrieflächen des Mitteldeutschen Industrieparks Espenhain mit Bindungsfrist bis zum 31. Dezember 2014,
 - an die Bilfinger Berger Entsorgung Ost GmbH mit Bindungsfrist bis zum 30. Juni 2011 für ca. 10 ha Gewerbeflächen des Nordbereiches der ehemaligen BF/KW Deutzen,
 - an die BioFuel Investment GmbH mit Bindungsfrist bis zum 31. Mai 2012 für ca. 5 ha unerschlossene Industrieflächen der ehemaligen BF/KW Beuna.

Die Übernahme von 850 ha Naturschutzflächen der LMBV durch den Freistaat Sachsen im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) wurde mit der feierlichen Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung durch Sachsens Umweltminister, Frank Kupfer, und den Vorsitzenden der Geschäftsführung der LMBV, Dr. Mahmut Kuyumcu, am 8. November 2010 in Hoyerswerda vertraglich geregelt.

Für die Lausitz-Industrieparks Kittlitz, Marga, Sonne und Lauchhammer wurden 2010 die Vermarktungsaktivitäten aktiv weitergeführt. Hieraus befinden sich mehrere Verkaufsvorgänge in der Bearbeitung, die 2011 abgeschlossen werden sollen.

Das Autohofprojekt Kittlitz wurde weiter verfolgt und mit einem neuen Investor eine Reservierungsvereinbarung mit Laufzeit bis zum 30. Juni 2011 über eine Fläche von 4,1 ha zur Projektvorbereitung geschlossen.

Für den Industriepark Marga liegt ein Kaufantrag über 16,4 ha Industrieflächen zur Errichtung einer Anlage zur Konversion von Kunststoffen vor. Die Kaufvertragsverhandlungen mit der LMBV werden im März 2011 aufgenommen. Zwei weitere Kaufanträge über 1,8 ha werden ebenfalls bearbeitet.

Für den Lausitz-Industriepark Lauchhammer liegt ein Kaufantrag über 2,2 ha Flächen vor.

Der Vermarktungsstand beträgt gegenwärtig für die Lausitz-Industrieparks insgesamt 56 %, davon anteilig für Kittlitz 44 %, Marga 40 %, Sonne 67 % und Lauchhammer 79 %.

Im 1. Bauabschnitt des Mitteldeutschen Industrie- und Gewerbeparks Espenhain sind bislang rund 78 % der Gesamtfläche bilanzwirksam veräußert.

Bisher konnten auf der Erweiterung des 1. Bauabschnittes am Standort Espenhain 13 ha bilanzwirksam verkauft werden. Das entspricht einer Belegungsquote von 64 %.

Die Akquise zur Flächenvermarktung des Mitteldeutschen Industrieparks Großkayna-Frankleben wurde intensiv über breit gefächerte Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Landkreis weiter geführt, jedoch gestaltete sich auch im Jahr 2010 die Vermarktung sehr kompliziert. Der Standort ist unverändert zu rund 24 % belegt.

Des Weiteren wurden im Jahr 2010 in Mitteldeutschland vier Flurneuordnungsverfahren (Hasselbach, Nachterstedt, Goitzsche/Sachsen-Anhalt und Phönix-Nord) und in der Lausitz das Flurbereinigungsverfahren Gräbendorf erfolgreich abgeschlossen.

Die Überprüfung der Wertansätze des Liegenschaftsbestandes wurde auf Grundlage der aktuellen Verkehrswerte fortgesetzt. Insbesondere für die Nutzungsarten Landwirtschaftliche und Forstwirtschaftliche Flächen, Flächen für Freizeit und Erholung, sonstige Gebäude- und Freiflächen sowie ausgewählte Gewerbe-, Gebäude- und Freiflächen wurden Wertberichtigungen vorgenommen.

Ausblick

Die LMBV wird auch im Jahr 2011 ihren Flächenbestand aller verwertbaren Liegenschaften weiter reduzieren. Ziel ist der Abschluss von Kaufverträgen über eine Gesamtfläche von 612 ha.

Im Rahmen des „Nationalen Naturerbes“ ist der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Brandenburg zur Übertragung von 1.738 ha naturschutzfachlich wertvoller Flächen geplant.

Zunehmende Bedeutung für die Arbeit der Liegenschaftsabteilungen gewinnt die Sicherung von Sanierungsarbeiten auf fremden Flächen mittels Zustimmungsvereinbarungen, Anpachtungen, Ankäufen und Entschädigungsregelungen.

4 Personalentwicklung Geschäftsjahr 2010

Zum 31. Dezember 2010 waren 542 Mitarbeiter (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase) im Unternehmen tätig. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Mitarbeiterzahl um 26 erhöht.

Zum 31. Dezember 2010 befanden sich insgesamt 60 Jugendliche in der Ausbildung. Im Jahr 2010 standen 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Am 31. Dezember 2010 befanden sich 225 Mitarbeiter in Altersteilzeit.

Im Rahmen des VA IV wurden in Maßnahmen der Braunkohlesanierung im Durchschnitt des Jahres 2010 insgesamt 247 geförderte Arbeitnehmer eingesetzt. Es konnten damit für die Braunkohlesanierung bzw. den Sanierungsfortschritt zusätzlich rund EUR 3,2 Mio bereitgestellt werden.

Ausblick

Am 1. Januar 2011 betrug die Mitarbeiterzahl 547 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase). Die Mitarbeiterzahl wird sich im I. Quartal 2011 unter Berücksichtigung schon geschlossener Verträge und laufender Auswahlverfahren auf 553 Arbeitnehmer erhöhen.

Durchschnittlich werden sich im Jahr 2011 ca. 78 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden.

Zum 1. Januar 2011 tritt ein neuer Entgelttarifvertrag (ETV) für die Mitarbeiter der LMBV in Kraft. Ausschlaggebend waren die abgeschlossenen Tarifverhandlungen vom 19. März 2010, wonach eine technische Kommission beauftragt wurde, die Bandbreite sowie die Arbeitswertigkeit der Entgeltgruppen zu überprüfen. Im Ergebnis wurden die Entgeltgruppen um vier, von sieben auf elf erweitert. In diesen Entgeltgruppen finden sich nun auch die Tätigkeiten der ehemaligen AT- Mitarbeiter wieder.

Zum 1. Januar 2012 werden voraussichtlich 565 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis stehen. Der Anstieg des Personalbedarfs ist durch folgende wesentliche Faktoren begründet:

- Aus der Fortschreibung der Projektplanung für die Sanierung mit Ausblick auf den Zeitraum nach 2012 ergibt sich nach aktuellem Kenntnisstand ein höherer Bedarf, welcher jetzt der konkreten Bedarfsermittlung für die Personalentwicklung zu Grunde gelegt wurde.
- Zusätzliche Bearbeitungskapazitäten werden mit der Ursachenermittlung, der Schadensregulierung und der Durchführung der Sicherungs- und Sanierungsarbeiten nach Grundbrüchen erforderlich. In Auswertung dieser Ereignisse wird durch die LMBV auch eine umfangreiche Bewertung der Sicherheit in den bereits sanierten Böschungs- und Kippenbereichen, in Bereichen mit ehemaligen Braunkohletiefbauten sowie in den Bereichen des Grundwasserwiederanstiegs vorgenommen, wofür weitere Bearbeitungskapazitäten notwendig sind.
- Die momentane Situation der extremen Grundwasserneubildung einhergehend mit starken Regenfällen und Hochwassersituationen verlangt zur Problembewältigung eine zeitlich gestraffte Bearbeitung der ermittelten Betroffenheiten. Das erfordert einen Mehrbedarf zur kurzfristigen Aufgabenbewältigung.

Die Anzahl der Auszubildenden wird sich von 60 (1. Januar 2011) um vier auf 64 (31. Dezember 2011) erhöhen. 2011 werden 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, welche aus dem Verwaltungsabkommen finanziert werden. Die Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden ist begründet durch die 3,5 jährige Ausbildungszeit der vier Konstruktionsmechaniker, die voraussichtlich im Februar 2012 mit der Abschlussprüfung endet.

Mit Blick auf den Sanierungsfortschritt und die gegenwärtig gültigen Förderbedingungen kann eingeschätzt werden, dass sich der Einsatz der geförderten Arbeitnehmer im Folgejahr weiter rückläufig entwickeln wird. Die entlastende Wirkung auf die Arbeitsmarktsituation wird sich in der Lausitzer Braunkohlenregion weiterhin zeigen und auch in den Folgejahren fortsetzen.

Für das Jahr 2011 wird mit durchschnittlich ca. 196 geförderten Arbeitnehmern gerechnet, was eine zusätzliche Mittelzuführung für die Beschleunigung des Sanierungsfortschritts von ca. EUR 2,5 Mio bedeutet.

5 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage 2010

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 5,0 Mio. ab. Dabei konnte das geplante Betriebsergebnis in Höhe von EUR -7,8 Mio. mit dem Jahresabschluss 2010 erreicht werden. Das neutrale Ergebnis in Höhe von EUR 2,8 Mio. wird im Wesentlichen durch Zuführungen (EUR 17,0 Mio.) und Auflösungen (EUR 13,2 Mio.) von Rückstellungen bestimmt. Dabei wurden auf Grund der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes Rückstellungen in Höhe von EUR 22,6 Mio. erfolgsneutral in die Gewinnrücklagen eingestellt. Die Zinserträge betragen in 2010 noch EUR 5,1 Mio.

Im Sanierungsbergbau sind Aufwendungen in Höhe von EUR 229,8 Mio., davon für bezogene Leistungen (EUR 188,0 Mio.), Eigenleistungen (EUR 40,8 Mio.) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR 1,0 Mio.) entstanden, die durch erhaltene Zuschüsse (EUR 216,0 Mio.), sonstige Erträge (EUR 6,6 Mio.) und die Inanspruchnahme von Rückstellungen (EUR 7,2 Mio.) gedeckt sind. Im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt fielen Sanierungsaufwendungen für notwendige Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung in Höhe von EUR 13,3 Mio. an, die durch Mittel des Bundes (75 %) und durch Mittel des Landes Sachsen-Anhalt (25 %) gedeckt sind.

Im Nichtsanierungsbergbau wurden betriebliche Erträge in Höhe von EUR 47,8 Mio. erzielt, die im Wesentlichen aus Projektträgerleistungen für die Sanierung sowie Erlösen aus Liegenschaftsverkäufen resultieren. Die erzielten Erlöse reichen nicht aus, um die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen (EUR 10 Mio.), die Personalaufwendungen (EUR 38,2 Mio.) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (EUR 7,5 Mio.) zu decken. Die erzielten Einnahmen können insbesondere die nachlaufenden Ausgaben für die stillgelegten Bergbaubetriebe nicht ausgleichen.

Die Gesamtaufwendungen im Nichtsanierungsbereich im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt betragen in 2010 EUR 2,7 Mio., darunter fallen Primäraufwendungen für die Ursachenforschung in Höhe von EUR 2,3 Mio.

In 2010 wurden im Nichtsanierungsbergbau Investitionen in Höhe von EUR 0,3 Mio. fast ausschließlich für den Ersatzbedarf realisiert.

Vermögenslage zum 31. Dezember 2010

Das Sachanlagevermögen und die Immateriellen Vermögensgegenstände der LMBV haben sich um EUR 1,0 Mio vermindert. Gründe dafür sind insbesondere Abgänge (EUR 1,8 Mio) und

planmäßige sowie außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 1,3 Mio). Die weitere Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten Flächen für Freizeit und Erholung, Forstwirtschaftliche Flächen, Gewerbe-/Gebäude und Freiflächen, Landwirtschaftliche Flächen, Verkehrsflächen und Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung beeinflussten dabei die Höhe der außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 1,0 Mio. Insgesamt wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 1,2 Mio vorgenommen. Die Zuschreibungen von EUR 1,6 Mio setzen sich zusammen aus EUR 0,8 Mio aus Wertaufholungen von im Geschäftsjahr veräußerten Vermögensgegenständen, EUR 0,3 Mio aus Wertkorrekturen zum Gesamtfinanzierungsplan der Entwicklungsstandorte, EUR 0,1 Mio aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG sowie EUR 0,4 Mio aus der weiteren Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter haben sich um EUR 11,0 Mio vermindert, was im Wesentlichen aus der Reduzierung der Erstattungsforderung resultiert. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,2 Mio erhöht.

Die liquiden Mittel haben sich durch den Abbau der Sanierungsmittelbestände gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 3,5 Mio vermindert.

Die Eigenkapitalquote am 31. Dezember 2010 betrug 50,4 %.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 29,9 Mio vermindert. Dies ist schwerpunktmäßig auf die Auflösung der Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen (EUR 24,3 Mio), für Grundwasserwiederanstieg (EUR 6,3 Mio), und für Entschädigungen Nachterstedt (EUR 3,6 Mio) zurückzuführen. Die Auflösung der Rückstellung für Sozialplanverpflichtungen erfolgte auf Grund der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von EUR 22,6 Mio erfolgsneutral durch Bildung einer Gewinnrücklage. Diese wurde unter weiterer Entnahme aus der Kapitalrücklage für die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage für Sozialplanverpflichtungen in Höhe von EUR 27,5 Mio verwendet. Die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2010 umfangreich überprüft. Dabei wurden auch externe Berater eingebunden. Aus der Untersuchung der Beratungsgesellschaft Roland Berger wurden neben bereits eigenständig identifizierten Mehrbedarfen zusätzliche signifikante Mehrbedarfe identifiziert und bei der Bewertung der Rückstellungen berücksichtigt. Die Auswirkungen aus der Betriebsprüfung der Jahre 2004 bis 2007 wurden zum 31. Dezember 2010 als Rückstellung in Höhe von EUR 1,6 Mio zugeführt.

Durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergaben sich Auswirkungen auf die Rückstellungen für Pensionen (Erhöhung EUR 0,7 Mio), auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Altlasten (Verminderung EUR 47,2 Mio), auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Neulasten (Verminderung EUR 2,2 Mio), auf die Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen (Verminderung EUR 24,3 Mio) sowie auf die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen (Erhöhung

Lagebericht

EUR 0,8 Mio). Dabei wurden umfangreich das Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ausgeübt. Die Verbindlichkeiten haben sich stichtagsbedingt um EUR 2,2 Mio verringert.

Finanzlage 2010

Die Ausgaben für den Sanierungsbergbau nach §§ 2, 3 und 4 VA IV beliefen sich auf EUR 232,4 Mio. Die Ausgaben wurden durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität vollständig gedeckt.

Auch im Nichtsanierungsbergbau waren die Ausgaben jederzeit durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität gedeckt.

Die Finanzlage der LMBV ist durch einen Mittelabfluss im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit (EUR 20,0 Mio) bei Mittelzuflüssen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit (EUR 16,5 Mio) geprägt. Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich daraufhin insgesamt um EUR 3,5 Mio verringert.

Ausblick

Die Entwicklung der Gesamtleistung in den Folgejahren wird im Wesentlichen durch Leistungen der LMBV als Projektträger für die Braunkohlesanierung, durch den Verkauf und die Vermietung/Verpachtung von Liegenschaften sowie durch die Wahrnehmung von Projektmanagementaufgaben bestimmt.

Langfristig wird auf Grund der für die Folgejahre erwarteten negativen Ergebnisentwicklungen das Eigenkapital abnehmen. Unabhängig davon ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft für die Abarbeitung aller anstehenden Aufgaben aus heutiger Sicht als ausreichend einzuschätzen.

Die für die Finanzierung des Sanierungsprozesses erforderlichen Mittel sind auf der Basis des „Dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV Braunkohlesanierung) vom 2. Juli 2007 gesichert. Für das Jahr 2011 liegen die erforderlichen Zuwendungsbescheide vor.

Die Finanzierung der Aktivitäten des Nichtsanierungsbergbaus im Jahr 2011 ist durch den erteilten Zuwendungsbescheid des Bundes gesichert.

Für den Zeitraum 2013 – 2017 wird gegenwärtig ein viertes ergänzendes VA über die Finanzierung der Braunkohlesanierung zwischen Bund und Ländern verhandelt. Im Rahmen der zu Grunde liegenden aktuellen Projektplanung wurden vorliegende Erkenntnisse zu Mehrbedarfen

u. a. auf Grund des Böschungsereignisses Nachterstedt und der geotechnischen Ereignisse in der Lausitz berücksichtigt.

Die Auswirkungen der eingerichteten Sperrbereiche auf die Verwertung von Liegenschaften oder ggf. auch die Rückabwicklung von erfolgten Liegenschaftsverkäufen sind gegenwärtig noch nicht abschätzbar.

6 Risikomanagementsystem, bestehende Risiken und Internes Kontrollsystem

Für die LMBV sowie ihre Tochtergesellschaften GVV und LMBV international ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es stellt sicher, dass in einem halbjährlichen Rhythmus die Risikosituation der jeweiligen Gesellschaft erfasst, analysiert und ggf. Handlungsbedarf bestimmt wird. Per 31. Dezember 2010 wurde das Risiko „geotechnische Ereignisse an Kippenflächen“ auf Grund der eingetretenen Ereignisse als Risiko mit akutem Handlungsbedarf in die Risikoklasse 1 (Schadenshöhe sehr schwerwiegend (> EUR 25 Mio) und Eintrittswahrscheinlichkeit möglich) eingeordnet. Im Ergebnis der gegenwärtig laufenden Untersuchungen sollen bis zum 30. Juni 2011 entsprechende Sicherungskonzeptionen erarbeitet werden.

Die per 31. Dezember 2010 durchgeführten Analysen und Bewertungen führten insgesamt zu dem Ergebnis, dass in der LMBV und der GVV keiner der genannten Gesellschaften bestandsgefährdende Risiken zu verzeichnen sind. Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 und dieses Lageberichtes haben sich diesbezüglich keine Änderungen ergeben.

Bei der LMBV international ist das Umsatzrisiko, d. h. die Erzielung ausreichender Umsätze zur Deckung der anfallenden Kosten nach wie vor als schwerwiegend einzuschätzen. Die Entwicklung der Gesellschaft ist von der Gewinnung externer Aufträge und der erfolgreichen Marktabtastung abhängig. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2011 wird in Abhängigkeit von der unterjährigen Entwicklung und der für die Folgejahre vorhandenen Auftragslage über die Fortführung der Gesellschaft zu entscheiden sein.

Die LMBV hat die bestehenden Instrumente des internen Kontrollsystems sowie deren Zusammenwirken bei der Projektüberwachung analysiert und in einer Gesamtübersicht erfasst. Erforderliche Anpassungen werden bei Bedarf vorgenommen.

7 Die Tochtergesellschaften der LMBV (100 % Beteiligungen)

GVV-Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH, Sondershausen

Die Geschäftstätigkeit der GVV konzentrierte sich in 2010 auf die Fortführung der Sanierungs- und Verwahrungsaufgaben vor allem in den Bergwerken Bischofferode und Rottleberode sowie auf die Fortsetzung der Verwertung ihrer Liegenschaften.

Die GVV schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem Bilanzverlust in Höhe von TEUR 21.394 ab.

Es wurden, neben anderen Zuschüssen, Zuwendungen des Bundes in Anspruch genommen.

Der Personalbestand der GVV betrug zum 1. Januar 2011 insgesamt 118 Mitarbeiter (ohne Auszubildende).

LMBV international GmbH, Senftenberg

Das besondere Know-how der LMBV wird seit dem 1. September 2007 über die Tochtergesellschaft LMBV international GmbH verwertet.

Neben der Projektbearbeitung stehen dabei insbesondere vielfältige Akquisitionstätigkeiten zur Markterschließung im Vordergrund.

Insgesamt hat die LMBV international das Jahr 2010 mit einem negativen Ergebnis von TEUR 111 abgeschlossen. Damit konnten die geplanten Ziele nicht erreicht werden.

Die negative Ergebnisentwicklung ist im Wesentlichen durch vorlaufende Akquiseaufwendungen bedingt, die nicht durch positive Ergebnisse in laufenden Projekten ausgeglichen werden können. Durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre haben sich die geplanten Vorlaufzeiten von 1-2 Jahren im internationalen Geschäft deutlich verlängert.

Im Jahr 2010 wurden insbesondere Projekte in Vietnam, Polen und Serbien erfolgreich bearbeitet. Etwa 48 % der Ingenieurleistungen wurden für die LMBV erbracht.

Der Personalbestand per 31. Dezember 2010 betrug sechs Mitarbeiter.

Die oben genannten Auslandsprojekte sollen in 2011 fortgeführt und erweitert werden. Projektvorbereitungen für das Jahr 2011 laufen des Weiteren insbesondere in den osteuropäischen Län-

dern, z. B. Lettland, Polen, Rumänien. Darüber hinaus sollen Leistungen für die LMBV erbracht werden.

Ausblick

Die LMBV wird die Vermarktung ihres besonderen Know-hows in der Bergbau- und Umweltsanierung durch ihre Tochter LMBV international GmbH unter Berücksichtigung der in 2010 erstellten Stärken-Schwächen Analyse weiter fortsetzen. In Abhängigkeit von der unterjährigen Entwicklung ist Ende des Jahres 2011 über die Fortführung der Gesellschaft zu entscheiden. In diesem Zusammenhang werden noch im Jahr 2011 die ggf. erforderlichen möglichen Handlungsalternativen zum Fortbestehen der Gesellschaft einer Bewertung unterzogen.

Nennenswerte Investitionen sind nicht vorgesehen.

Die Geschäftsführung möchte sich auf diesem Wege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LMBV und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft für die geleistete Arbeit in 2010 bedanken.

Senftenberg, den 14. April 2011

Dr. Kuyumcu
Vorsitzender der
Geschäftsführung

Dr. Meyer
Kaufmännischer
Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	31.12.2010		31.12.2009		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen					(3.1)
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software		210.359,00		78.452,00	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.981.785,63		24.086.368,03		
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.043,00		10.409,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	230.098,00		223.936,00		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.132,00	23.229.058,63	175,50	24.320.888,53	
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen		76.694,29		76.694,29	
		23.516.111,92		24.476.034,82	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					(3.2)
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.294.505,70		503.253,50		
2. Forderungen gegen den Gesellschafter	218.537.384,85		229.501.117,13		
3. Forderungen im Rahmen des Verwaltungsab- kommens-Braunkohlesanierung --davon gegen den Gesellschafter EUR 12.097.244,55 (i. Vj. EUR 13.263.658,20)--	12.172.288,98		13.281.134,20		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	24.204.257,23	256.208.436,76	23.634.952,46	266.920.457,29	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		28.189.275,05		31.678.289,37	(3.3)
		284.397.711,81		298.598.746,66	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		96.194,77		96.478,54	
		308.010.018,50		323.171.260,02	

Passiva

	31.12.2010		31.12.2009		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Eigenkapital					(3.4)
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59		25.564,59	
II. Kapitalrücklage		116.512.086,71		121.419.056,94	
III. Gewinnrücklagen					
1. Satzungsmäßige Rücklage	2.556,46		2.556,46		
2. Zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500.000,00	27.502.556,46	0,00	2.556,46	
IV. Bilanzgewinn		11.237.724,37		16.250.883,94	
		155.277.932,13		137.698.061,93	
B. Rückstellungen					(3.5)
1. Rückstellungen für Pensionen		2.624.784,40		2.975.444,00	
2. Steuerrückstellungen		1.729.758,80		677.850,86	
3. Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen --nach Abzug einer Finanzierungszusage von EUR 1.337.304.818,86 (i. Vj. EUR 1.295.067.000,00)--		62.609.639,27		62.010.000,00	(3.6)
4. Sonstige Rückstellungen		41.503.396,93		73.280.989,00	
		108.467.579,40		138.944.283,86	
C. Verbindlichkeiten					(3.7)
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		31.425.268,52		33.854.010,50	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		424.453,37		573.024,35	
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter		119.396,04		567.964,47	
4. Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens- Braunkohlesanierung		8.717.953,98		6.847.702,02	
5. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern EUR 454.131,07 (i. Vj. EUR 683.377,85)--		3.073.072,89		4.138.698,68	
		43.760.144,80		45.981.400,02	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		504.362,17		547.514,21	
		308.010.018,50		323.171.260,02	

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

-
-
1. Umsatzerlöse
 2. Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
 3. Sonstige betriebliche Erträge
 4. Materialaufwand
 - a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
 5. Personalaufwand
 - a) Gehälter
 - b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung
und für Unterstützung
--davon für Altersversorgung EUR 0,00 (i. Vj. EUR 534.434,28)--
 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagever-
mögens und Sachanlagen
 7. Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen
 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
 10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen
--davon an verbundene Unternehmen EUR 2.902,81 (i. Vj. EUR 6.693,38)--
-
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
-
12. Außerordentliche Erträge
 13. Außerordentliche Aufwendungen
 14. Außerordentliches Ergebnis
 15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
 16. Sonstige Steuern
 21. Einstellungen in Gewinnrücklagen (Zweckgebundene Rücklage
für Sozialplanverpflichtungen)
-
22. Bilanzgewinn
-

Gewinn- und Verlustrechnung

2010		2009		Anhang
EUR	EUR	EUR	EUR	
	5.924,06		30.008,20	(4.1)
	222.431.503,77		224.921.415,84	(4.2)
	35.121.365,85		44.989.670,75	(4.3)
328.942,22		285.755,10		
9.639.126,44	9.968.068,66	8.641.750,83	8.927.505,93	
34.134.024,51		32.340.141,00		
7.291.147,16	41.425.171,67	7.405.983,01	39.746.124,01	(4.4)
	1.331.821,95		1.631.897,64	(4.5)
	188.795.009,45		193.184.172,95	(4.6)
	26.549.991,65		26.460.289,59	(4.7)
	5.101.088,47		7.248.420,93	
	1.336.968,25		155.732,05	
	-6.747.149,48		7.083.793,55	
	3.850.310,73		0,00	(4.9)
	1.475.378,00		0,00	(4.10)
	2.374.932,73		0,00	
	480.154,03		406.066,63	
	160.788,79		346.091,48	(4.11)
	27.500.000,00			
	11.237.724,37			

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

1 Allgemeine Angaben

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB.

Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (kurz "BMF").

Mit Datum vom 20. Dezember 1995 hat die LMBV vom Bundesministerium der Finanzen eine Finanzierungszusage des Inhalts erhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland die nicht durch Gewährung von Zuschüssen oder sonstigen Zahlungen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben für die Erfüllung der bergrechtlichen Verwahrungs- und Sanierungspflichten gemäß Bundesberggesetz (BBergG) und anderer einschlägiger Bestimmungen trägt, soweit diese vor dem 1. Juli 1990 entstanden sind und die LMBV wegen § 58 Abs. 2 BBergG zur Durchführung von Maßnahmen verpflichtet ist.

Weitere Grundlagen für die Braunkohlesanierung sind das "Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" (VA-Altlastenfinanzierung) vom 1. Dezember 1992 unter Einbeziehung der "Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierungsregelung der ökologischen Altlasten" vom 22. Oktober 1992 sowie das "Erste Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" vom 10. Januar 1995, das "Ergänzende Verwaltungsabkommen zum VA-Altlastenfinanzierung über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 1998 - 2002 (VA II-Braunkohlesanierung)" vom 18. Juli 1997, das "Zweite Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2003 bis 2007 (VA III-Braunkohlesanierung)" vom 26. Juni 2002 und das "Dritte Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV-Braunkohlesanierung)" vom 2. Juli 2007.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des § 266 HGB, § 275 Abs. 1, 2 HGB i. V. m. § 265 HGB (Gesamtkostenverfahren) sowie den ergänzenden Vorschriften des DMBilG. Bergbautypische Sachverhalte (Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen) werden gesondert ausgewiesen.

Zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die sich aus den Sanierungsleistungen ergebenden Sachverhalte in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert gezeigt. Dabei handelt es sich um die Posten Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung sowie Erträge und Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens - Braunkohlesanierung.

Der Jahresabschluss ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgestellt. Die für den Jahresabschluss relevanten Vorschriften des DMBilG, der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und des § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz (HGrG) sind berücksichtigt. Das Finanzstatut der LMBV wurde beachtet.

Die LMBV mbH wendet die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) seit Beginn des Geschäftsjahres 2010 an. Entsprechend den Übergangsvorschriften zum BilMoG (Art. 67 Abs. 8 S. 2 EGHGB) wurde die Bewertungsstetigkeit nach § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB, die Darstellungsstetigkeit nach § 265 Abs. 1 HGB und die Angabepflichten nach § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB bei Anpassungen auf Grund der Erstanwendung des BilMoG nicht angewendet. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen ist gemäß Art. 67 Abs. 8 S. 2 EGHGB ebenfalls nicht erfolgt. Durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergaben sich Auswirkungen in folgenden Posten:

- Rückstellungen für Pensionen
- Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen
- Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sowie
- Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen
- Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen
- Sonstigen Vermögensgegenständen (Rückdeckungsversicherung zu Pensionszusagen)

Im Übrigen wurden die Bewertungsgrundsätze des Vorjahres beibehalten.

2.1 Aktiva

2.1.1 Anlagevermögen

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. September 1995 erfolgte die Verschmelzung der Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Brieske (kurz "LBV"), und der Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bitterfeld (kurz "MBV"), auf die LMBV durch jeweilige Aufnahme nach § 2 Nr. 1 UmwG 1995.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens in dem als Anlage zum Anhang beige-fügten Anlagespiegel geht aus technischen Gründen von den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten der MBV und den bei der Spaltung der Lausitzer Braunkohle Aktiengesellschaft, Senftenberg, übernommenen Buchwerten der LBV als Anschaffungskosten aus. Daraus folgt für den Anlagespiegel, dass die Bruttowerte nur eingeschränkte Aussagekraft haben.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen und abzüglich Abschreibungen sowie bei den Zugängen im Sanierungsbergbau abzüglich erhaltener Zuschüsse bzw. Zuwendungen bewertet. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Teile der Gemeinkosten.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wurde die Erfassung der Nutzungsartenänderung des Liegen-schaftsvermögens unter Beachtung des zwischenzeitlichen Sanierungsfortschrittes fortgeführt und die Ergebnisse im Inventar umgesetzt. Soweit es im Ergebnis dieser Betrachtungen zu Korrekturen der Wertansätze kommt, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund dauernder Wertminderungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB und Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Auch in den Folgejahren sind durch die Sanierung und die damit einhergehende Umwidmung von betrieblichen Nutzungsarten weitere Veränderungen nicht auszuschließen.

Abnutzbare Sachanlagen werden planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Beachtung der steuerlichen Abschreibungstabellen linear abgeschrieben. Geringwertige An-lagegüter mit einem Einzelanschaffungspreis über EUR 150,00 und bis zu EUR 1.000,00 werden im Jahr der Anschaffung sowie in den folgenden vier Geschäftsjahren linear mit 20 % p. a. abgeschrieben, wobei sich die handelsrechtliche nicht von der steuerlichen Nutzungsdauer unter-scheidet.

Unter **Finanzanlagen** ausgewiesene Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung bilanziert.

2.1.2 Umlaufvermögen

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden mit dem Nennwert abzüglich angemessener Pauschalwertberichtigungen (1 %) für das allgemeine Kreditrisiko bewertet. Für zweifelhafte Forderungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegen(über) verbundene(n) Unternehmen werden jeweils saldiert ausgewiesen soweit es sich um hinsichtlich Art, Fristigkeit und Fälligkeit gleichartige Forderungen und Verbindlichkeiten handelt.

Forderungen gegen den Gesellschafter werden zum Nennwert bewertet.

Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung werden mit dem Nennwert bewertet.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert und bei entsprechender Langfristigkeit abgezinst sowie unter Abzug von Einzelwertberichtigungen bewertet.

Die **flüssigen Mittel** (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nennwert bewertet.

2.1.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Die Bewertung erfolgte zum Nennwert.

2.2 Passiva

2.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zum Nominalwert angesetzt.

Im Rahmen der Umstellung auf BilMoG erfolgte zum 1. Januar 2010 die erfolgsneutrale Auflösung der **Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen** in Höhe von TEUR 22.621 und die erfolgswirksame Auflösung in Höhe von TEUR 1.694. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 18. Februar 2011 wurde der erfolgsneutrale Auflösungsbetrag einer **zweckgebundenen Rücklage für Sozialplanverpflichtungen** zugeführt und diese um den Betrag von TEUR 4.879 als Entnahme aus der **Kapitalrücklage** auf TEUR 27.500 erhöht.

2.2.2 Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen bewertet. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde auf Basis des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG – BGBl I Nr. 27 vom 28.05.2009, S. 1102) durchgeführt. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung sowie evtl. Fluktuationswahrscheinlichkeiten zu ermitteln. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die ‚Richttafeln 2005 G‘ von Klaus Heubeck verwendet. Die Rückstellungen für Pensionen werden auf Grund BilMoG mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 595 saldiert ausgewiesen. Weitere Annahmen liegen der Bewertung folgender Gutachten zugrunde:

	Rechnungs- zinssatz p. a.	Rententrend p. a.
	%	%
Einzelzusagen LMBV	5,15	2,00
Pensionsverpflichtung Dr. Kuyumcu	5,15	2,25
BMGB-Einzelzusagen	5,15	2,00 / 3,00
BMGB-Versorgungsordnung	5,15	---

Durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergab sich als Auswirkung auf die Rückstellungen für Pensionen eine Erhöhung um TEUR 665.

Die Ermittlung der **Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen** erfolgt unter Berücksichtigung der Finanzierungszusage des BMF nach ihrer zeitlichen Verursachung sowie nach räumlich getrennten Bereichen (Territorialprinzip). Die Ermittlung der Verpflichtungen basiert wie in den Vorjahren auf gutachterlichen Stellungnahmen, Standsicherheitsgutachten, veränderten Verfahrensweisen und Technologien. Auf der Grundlage der vorgenannten Bewertungsfaktoren sowie unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2010 erbrachten Sanierungsleistungen erfolgte die Bewertung der ausstehenden bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen.

Die Verpflichtungen resultieren aus bergrechtlichen Sanierungs- und Verwahrungsverpflichtungen gemäß Bundesberggesetz und anderen einschlägigen Bestimmungen, wie z. B. den Abfallgesetzen der Länder, sowie aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakten.

Die sich aus diesen Rechtsgrundlagen ergebenden Risiken aus bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen sind grundsätzlich als Rückstellungen zu passivieren. Dabei werden die Verpflichtungen in vor dem 1. Juli 1990 entstandene (Altlasten) und solche, die sich aus der Tätigkeit nach dem 1. Juli 1990 ergeben haben (Neulasten), unterteilt. Bei den Verpflichtungen aus Altlasten, die durch eine Finanzierungszusage des Bundes vom 20. Dezember 1995 abgedeckt sind, wird der Anspruch der Gesellschaft aus der Finanzierungszusage von der Gesamtrückstellung offen abgesetzt. Nur die Neulasten werden letztendlich als Rückstellungen ausgewiesen.

Die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2010 umfangreich überprüft. Dabei wurden auch externe Berater eingebunden. Aus der Untersuchung der Beratungsgesellschaft Roland Berger wurden neben bereits eigenständig identifizierten Mehrbedarfen zusätzliche signifikante Mehrbedarfe identifiziert und bei der Bewertung der Rückstellungen berücksichtigt.

Durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergaben sich Auswirkungen auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Altlasten (Verminderung TEUR 47.245), auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Neulasten (Verminderung TEUR 2.156). Dabei wurde das Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ausgeübt. Die im Rahmen des Beibehaltungswahlrechts fortgeführte Unterschiedsbeträge betragen zum Bilanzstichtag für Altlasten TEUR 191.287 und für Neulasten TEUR 8.686.

Die Bewertungen entsprechend BilMoG beinhalten künftige Preissteigerungen in Höhe von 1,5 % p. a. sowie die Abzinsungszinssätze der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Die Laufzeiten der Rückstellungen erstrecken sich bis in das Jahr 2030.

Ausgehend davon, dass diese Verpflichtungen derzeit sowohl rechtlich als auch materiell noch nicht abschließend beurteilt werden können, sind durch den Erkenntnisfortschritt in Folgejahren weitere Änderungen nicht auszuschließen.

Die Bildung der **Steuerrückstellungen** und aller übrigen **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, so dass sie den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung tragen.

Die Rückstellungen für **Altersteilzeitverpflichtungen** sowie **die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2010 durch versicherungsmathematische Gutachten unter Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grun-

Anhang

de. In der Handelsbilanz wurde der Rechnungszins für die Altersteilzeitverpflichtungen mit 3,9 % und für die Jubiläumsleistungen mit 4,48 % angesetzt. Des Weiteren wurde von einem Gehaltstrend von 2,9 % ausgegangen.

Durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergab sich als Auswirkungen auf die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen eine Erhöhung um TEUR 810.

Für die **Rückstellung Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen** wurde das Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ausgeübt. Der im Rahmen des Beibehaltungswahlrechts fortgeführte Unterschiedsbetrag beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 356.

Die verbleibenden sonstigen Rückstellungen sind kurzfristige Rückstellungen.

2.2.3 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

2.2.4 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

2.3 Berichtigung von Wertansätzen nach § 36 DMBilG

Durch ergangene Vermögenszuordnungsbescheide und Restitutionsansprüche hat sich das Sachanlagevermögen um TEUR 129 verringert.

Die Rückstellung für Restitutionsansprüche verringerte sich durch Auflösung um TEUR 101.

Diese Berichtigungen führten zu einer Verringerung der Kapitalrücklage um TEUR 28.

3 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2010

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenpiegel zu entnehmen.

Aufwendungen der Gesellschaft im Rahmen der Entwicklung ausgewählter Standorte sind als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten (im Geschäftsjahr 2010 TEUR 46) aktiviert.

In Folge der Aktualisierung der Buchwerte im Sachanlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.204 vorgenommen. Diese betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Werten veräußert werden (TEUR 42), aus der im Geschäftsjahr 2010 erfolgten Überprüfung und daraus resultierenden Neubewertung der Nutzungsarten Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung, Flächen für Freizeit und Erholung, Forstwirtschaftliche Flächen, Gewerbe/Gebäude und Freiflächen, Landwirtschaftliche Flächen sowie Verkehrsflächen (TEUR 951) und aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte (TEUR 211).

Im Anlagevermögen sind Zuschreibungen von insgesamt TEUR 1.589 berücksichtigt, die wegen Wegfall von Gründen für in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen waren. Darin enthalten sind TEUR 308 aus der Überprüfung der Prioritätenstandorte. Zudem wurden im Zusammenhang mit der Rückübertragung von restitutionsbehafteten Grundstücken auf Grund von Vermögenszuordnungsbescheiden in Höhe von TEUR 130 die im Zeitraum 1. Juli 1990 bis zum Zeitpunkt der Rückübertragung vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von TEUR 98 auf Grund und Boden sowie Bauten wieder zugeschrieben.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag 31.12.2010	davon mit einer Restlaufzeit von über	
		einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.295	0	0
(31. Dezember 2009)	(503)	(0)	(0)
Forderungen gegen den Gesellschafter	218.537	0	0
(31. Dezember 2009)	(229.501)	(0)	(0)
Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung	12.172	0	0
(31. Dezember 2009)	(13.281)	(0)	(0)
Sonstige Vermögensgegenstände	24.204	1.195	41
(31. Dezember 2009)	(23.635)	(1.357)	(656)
	256.208	1.195	41
(31. Dezember 2009)	(266.920)	(1.375)	(656)

Die Forderungen gegen den Gesellschafter (TEUR 218.537) betreffen im Wesentlichen Ansprüche aus der Erstattungsforderung im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung der LMBV an den Bund (BMF) (TEUR 216.947) und Zinsen auf die Erstattungsforderung (TEUR 132).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen in Höhe von TEUR 6.319 Forderungen aus der Abrechnung von in 2010 erbrachten Sanierungsleistungen, die durch die noch nicht abgeschlossene Bewertung der erbrachten Leistungen erst im Folgejahr in der Maßnahmeabrechnung berücksichtigt werden.

Die Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen wurden auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen des Versicherers bewertet und in Höhe von TEUR 595 auf Grund BilMoG mit den Rückstellungen für Pensionen saldiert ausgewiesen.

3.3 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Kassenbestand	2	3
Guthaben bei Kreditinstituten und bei der Finanzagentur des Bundes	28.187	31.675
	28.189	31.678

3.4 Eigenkapital

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	116.512	121.419
Gewinnrücklagen		
- satzungsmäßige Rücklage	2	2
- zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500	0
Bilanzgewinn	11.238	16.251
Eigenkapital	155.278	137.698

Die entsprechend Gesellschafterbeschluss vom 18. Februar 2011 gebildete zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen, führte zur Verringerung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 4.879. Eine weitere Veränderung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 28 resultiert aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG.

3.5 Pensions-, Steuer- und sonstige Rückstellungen

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	2.625	2.975
Steuerrückstellungen	1.730	678
Sonstige Rückstellungen	41.503	73.281
	45.858	76.934

Die Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß BilMoG mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 595 saldiert ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 26.507), die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (TEUR 2.795), Restitutionsansprüche (TEUR 2.739), Altvorgang Abwasserabgabe (TEUR 1.620) sowie Rechtstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 1.623).

3.6 Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen

Im Hinblick auf die Finanzierungszusage des Bundes werden nur die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb nach dem 1. Juli 1990 verursacht sind, in der Bilanz gezeigt. Die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb vor dem 1. Juli 1990 verursacht sind, werden wegen der erteilten Finanzierungszusage in der Bilanz nur nachrichtlich ausgewiesen. Da die Finanzierungszusage aber nicht als Freistellung von der bergrechtlichen Verantwortung zu verstehen ist, bestehen die Verpflichtungen der LMBV dem Grunde nach fort. Deshalb werden, soweit hinreichend konkretisierbar, die gesamten bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen aus Alt- und Neulasten wie folgt angegeben:

	Bilanzwerte					
	Altlasten	Neulasten	Summe	abzüglich Finanzie- rungs- zusage		
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sanierung Tage- baurestlöcher	978.491	49.597	1.028.088	978.491	49.597	49.031
Sanierung von Veredlungsanla- gen	158.576	9.587	168.163	158.576	9.587	5.758
Verwahrung von unterirdischen Hohlräumen au- ßerhalb von Ta- gebauen und Veredlungsanla- gen	13.580	0	13.580	13.580	0	0
Bergschäden	69.901	7	69.908	69.901	7	484
Zentrale Maß- nahmen und Forschung	7.081	0	7.081	7.081	0	0
Übergreifende Maßnahmen zur Sanierung des Wasserhaushal- tes	156.921	5.575	162.496	156.921	5.575	6.737
	1.384.550	64.766	1.449.316	1.384.550	64.766	62.010
Bewertung nach BilMoG	- 47.245	- 2.156	- 49.401	- 47.245	- 2.156	0
Summe	1.337.305	62.610	1.399.915	1.337.305	62.610	62.010

3.7 Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag 31.12.2010	davon mit einer Restlaufzeit	
		von bis zu einem Jahr	von einem bis fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.425	30.172	1.253
(31. Dezember 2009)	(33.854)	(32.508)	(1.346)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	425	425	0
(31. Dezember 2009)	(573)	(573)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	119	119	0
(31. Dezember 2009)	(568)	(457)	(111)
Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung	8.718	8.718	0
(31. Dezember 2009)	(6.848)	(6.848)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	3.073	3.073	0
(31. Dezember 2009)	(4.139)	(4.106)	(33)
	43.760	42.507	1.253
(31. Dezember 2009)	(45.982)	(44.492)	(1.490)

Alle Verbindlichkeiten sind unbesichert.

4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

4.1 Umsatzerlöse

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Nebenprodukte (im Wesentlichen Kiese)	6	30

4.2 Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

In dieser Position sind Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 136.857, Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 43.933 sowie Erträge aus Zuschüssen und Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 28.410 sowie Erträge aus Zuschüssen für das Böschungsereignis Nachterstedt von TEUR 13.232 enthalten.

4.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten:

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Erträge		
Gegenposten für die Inanspruchnahme von Rückstellungen	7.708	8.373
Erträge aus der Werterhöhung des Anlagevermögens	1.856	2.386
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	617	771
Erträge aus Weiterberechnungen	334	650
Erträge aus zweckgebundenen Zuschüssen	344	538
Übrige	7.451	5.424
	18.310	18.142
Periodenfremde Erträge		
Auflösung von Rückstellungen	12.767	22.379
Buchgewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	1.869	1.993
Erträge aus Entschädigungen und Mehrerlösklauseln	1.307	1.425
Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	110	234
Übrige	758	817
	16.811	26.848
	35.121	44.990

Die Auflösung von Rückstellungen beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung der Rückstellung für Grundwasserwiederanstieg (TEUR 6.300), für ausstehende Entschädigungen Nachterstedt (TEUR 3.650) sowie für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 1.098).

4.4 Personalaufwand

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Gehälter		
Gehälter	27.529	26.872
Sonstiger Personalaufwand	6.605	5.468
	34.134	32.340
Soziale Abgaben		
Soziale Abgaben	7.291	6.842
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	564
	7.291	7.406
	41.425	39.746

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres auf das Anlagevermögen betreffen planmäßige (TEUR 128) und außerplanmäßige (TEUR 1.204) Abschreibungen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Marktwerten veräußert werden (TEUR 42), Flächen für Freizeit und Erholung (TEUR 127), Forstwirtschaftliche Flächen (TEUR 338), Gewerbe/Gebäude und Freiflächen (TEUR 249), Landwirtschaftliche Flächen (TEUR 81), Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung (TEUR 57) sowie Verkehrsflächen (TEUR 99). TEUR 211 resultieren aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte.

4.6 Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

Hierin sind Aufwendungen für Sanierungsleistungen des § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 119.556, nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 32.713 und nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 25.018 sowie Aufwendungen für Entschädigungen für das Böschungsereignis Nachterstedt in Höhe von TEUR 11.508 (ohne Eigenleistungen) enthalten.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten:

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Aufwendungen		
Verwaltungsaufwendungen	4.206	4.203
Vertriebsaufwendungen	329	648
Übrige Betriebsaufwendungen	21.566	20.658
	26.101	25.509
Periodenfremde Aufwendungen		
Buchverluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	149	7
Übrige	300	944
	449	951
	26.550	26.460

Die übrigen Betriebsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Zuführungen zur Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 11.914), sowie für Restitutionsansprüche (TEUR 230).

4.8 Erläuterung der Erträge und Aufwendungen gemäß § 277 Abs. 5 HGB

Im Geschäftsjahr 2010 wurden auf Grund der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.105 ermittelt. Diese setzen sich aus der Bewertung der Rückstellungen für Jubiläen (TEUR 9), der Rückstellungen für Pensionen (TEUR 189) und den Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 907) zusammen.

4.9 Außerordentliche Erträge

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Auflösung Rückstellungen Sozialplanverpflichtungen	1.694	0
Auflösung Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen	2.156	0
	3.850	0

4.10 Außerordentliche Aufwendungen

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Zuführung Rückstellungen für Pensionen	665	0
Zuführung Rückstellungen Altersteilzeit	810	0
	1.475	0

4.11 Sonstige Steuern

In den sonstigen Steuern sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 331 enthalten. Sie betreffen im Wesentlichen die Rückerstattung von in den Jahren 2002 bis 2009 gezahlter Grundsteuer.

5 Sonstige Angaben

5.1 Aufstellung des Anteilsbesitzes

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital	Anteil der LMBV am Stammkapital		Jahresergebnis
			TEUR	TEUR	
Anteile an verbundenen Unternehmen					
LMBV international GmbH (LMBV international)	Senftenberg	518 (31.12.2010)	77	100	-111 (31.12.2010)
GVV - Gesellschaft zur Ver- wahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrie- ben mbH (GVV)	Sondershausen	8.404 (31.12.2010)	26	100	-19 (31.12.2010)

5.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB

	2011	länger als ein Jahr
	TEUR	TEUR
Bestellobligo Sanierungsbergbau	84.357	16.575
Bestellobligo Nichtsanierungsbergbau	1.893	715
Miet-, Leasing- und Datenverarbeitungsverträge	4.021	2.227
	90.271	19.517

Die Gesellschaft unterliegt der gesamtschuldnerischen Haftung für Altverbindlichkeiten gemäß § 12 Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen auf Grund der Verschmelzung mit den aus den Aufspaltungen entstandenen Gesellschaften LBV und MBV. Aus der Spaltung der Gesellschaften MIBRAG und LAUBAG besteht für die LMBV als Rechtsnachfolgerin von LBV und MBV ein latentes Restrisiko, welches derzeit in seiner Höhe nicht quantifizierbar ist.

Die GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben hat zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß § 58 Abs. 2 BBergG für die nicht durch die Gewährung von Zuschüssen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben eine Finanzierungszusage von der Treuhandanstalt erhalten. Diese Verpflichtungen sind gemäß § 23a Abs. 3 Satz 1 Treuhandgesetz zum 31. Dezember 1994 auf die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin (kurz "BMGB"), übergegangen. Durch die Verschmelzung der BMGB auf die LMBV zum 1. Januar 2000 ist diese Verpflichtung auf die LMBV übergegangen.

5.3 Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl

In der Gesellschaft waren in 2010 ohne Geschäftsführung durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl 2010	Anzahl 2009
Frauen	353	357
Männer	334	352
	687	709

In den vorgenannten Arbeitnehmerzahlen sind 59 Auszubildende (im Vorjahr 75) enthalten, davon 19 Frauen (im Vorjahr 27).

5.4 Konzernzugehörigkeit

Die Tochterunternehmen GVV und LMBV international sind einzeln und zusammen von untergeordneter Bedeutung und werden in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss der LMBV einbezogen.

Als Folge daraus entfällt für die LMBV die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2010.

5.5 Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 353. Das Gesamthonorar beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von TEUR 160, Steuerberatungsleistungen in Höhe von TEUR 186 sowie prüfungsnahе bzw. betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen in Höhe TEUR 7.

5.6 Entsprechenserklärung Public Corporate Governance Kodex

Der Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde erstellt. Die Entsprechenserklärung wurde von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat abgegeben. Eine Veröffentlichung des Berichts zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist vorgesehen.

5.7 Erklärung nach §§ 285 Nr. 21, 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB

Die durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) eingeführten Regelungen gemäß §§ 285 Nr. 21, 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB hinsichtlich der Angaben über Geschäfte der Gesellschaft mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden beachtet. Dabei kam es zur Feststellung, dass keine wesentlichen Geschäfte im oben genannten Sinne mit der LMBV oder deren Tochterunternehmen getätigt wurden.

5.8 Erklärung nach §§ 285 Nr. 29 HGB Angaben zu latenten Steuern

Zum 1. Januar 2010 bestehen in den Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in Höhe von TEUR 1.543, die zu passiven latenten Steuern führen würden. Zum 31. Dezember 2010 beträgt dieser Betrag

Anhang

TEUR 2.156. Sowohl zum 1. Januar 2010 als auch zum 31. Dezember 2010 führen Differenzen in den sonstigen Rückstellungen bzw. Rückstellungen für Pensionen zu einem Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieses Überhangs wurde entsprechend § 274 Abs. 1 S. 2 HGB verzichtet.

5.9 Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Bernd Hartmann¹, Bonn
Ministerialrat im Bundesministerium
für Finanzen

- Vorsitzender -

Hartmut Löschner¹, Langenhagen
Berater der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

- Stellvertretender Vorsitzender -

Elisabeth Wessel¹, Berlin
Regierungsdirektorin im Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Bernard Veltrup¹, Berlin
Ministerialrat a.D.

Gerhard Nies¹, Meuro
Mitglied der Geschäftsführung
TAKRAF GmbH

Christoph J. Queling¹, Kaiserslautern
WK Wirtschaftsberatungskanzlei

Queling GmbH

Olaf Gunder², Großräschen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und
Vorsitzender des Betriebsrates Lausitz

Dietmar Stein², Borna
Stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und
Vorsitzender des Betriebsrates Mitteldeutschland

Uwe Bruchmüller², Thalheim
Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
(ab 1. Oktober 2010 stellvertretender Landesbezirksleiter
Landesbezirk Baden-Württemberg)

1 Anteilseignervertreter

2 Arbeitnehmervertreter

Geschäftsführung

Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu, Berlin
- Vorsitzender der Geschäftsführung –

Dr. oec. Hans-Dieter Meyer, Lauchhammer
- Kaufmännischer Geschäftsführer -

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr TEUR 441, davon:

	TEUR
Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu	247
Dr. oec. Hans-Dieter Meyer	194

Anhang

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf TEUR 45, davon:

	TEUR
Dr. Heinrich Bonnenberg (Aufsichtsratsvorsitzendes bis 24. August 2009)	6
Dr. Bernd Hartmann	5
Hartmut Löschner	7
Elisabeth Wessel	4
Dr. Bernard Veltrup	2
Gerhard Nies	2
Christoph J. Queling	2
Olaf Gunder	4
Dietmar Stein	4
Uwe Bruchmüller	4
Dr. Matthias Schürgers (Aufsichtsratsmitglied bis 24. August 2009)	3
Helmut Fischer (verstorben am 16. Juni 2009)	2

Die Gesamtbezüge für ehemalige Geschäftsführer betragen im Geschäftsjahr TEUR 116.

Die für Pensionen an derzeitige und ehemalige Geschäftsführer gebildete Rückstellung belief sich zum 31. Dezember 2010 auf TEUR 2.236.

Senftenberg, den 14. April 2011

Dr. Kuyumcu
Vorsitzender der
Geschäftsführung

Dr. Meyer
Kaufmännischer
Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2010

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	Vortrag	Berichti- gungen nach	Berichtigter Vortrag	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Stand
	1.1.2010	§ 36 DMBilG	1.1.2010				31.12.2010
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Software	3.429.142,91	0,00	3.429.142,91	184.460,00	0,00	19.142,32	3.594.460,59
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	151.414.863,17	-129.110,71	151.285.752,46	414.275,24	163,50	11.828.576,57	139.871.614,63
2. Technische Anlagen und Maschinen	18.933.919,05	0,00	18.933.919,05	10,03	8,00	32.132,13	18.901.804,95
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.539.210,66	0,00	1.539.210,66	68.209,92	0,00	190.649,99	1.416.770,59
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	175,50	0,00	175,50	14.128,00	-171,50	0,00	14.132,00
	171.888.168,38	-129.110,71	171.759.057,67	496.623,19	0,00	12.051.358,69	160.204.322,17
III. Finanzanlagen							
Anteile an verbundenen Unternehmen	144.070,79	0,00	144.070,79	0,00	0,00	0,00	144.070,79
	175.461.382,08	-129.110,71	175.332.271,37	681.083,19	0,00	12.070.501,01	163.942.853,55

Entwicklung des Anlagevermögens

Kumulierte Abschreibungen				Buchwert		
Vortrag	Abschreibungen des Geschäftsjahres		Stand 31.12.2010		31.12.2010	31.12.2009
EUR	EUR	Abgänge EUR	Zuschreibungen EUR	EUR	EUR	EUR
3.350.690,91	52.553,00	19.142,32	0,00	3.384.101,59	210.359,00	78.452,00
127.328.495,14	1.210.609,00	10.060.674,50	1.588.600,64	116.889.829,00	22.981.785,63	24.086.368,03
18.923.510,05	7.384,03	32.132,13	0,00	18.898.761,95	3.043,00	10.409,00
1.315.274,66	61.275,92	189.877,99	0,00	1.186.672,59	230.098,00	223.936,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.132,00	175,50
147.567.279,85	1.279.268,95	10.282.684,62	1.588.600,64	136.975.263,54	23.229.058,63	24.320.888,53
67.376,50	0,00	0,00	0,00	67.376,50	76.694,29	76.694,29
150.985.347,26	1.331.821,95	10.301.826,94	1.588.600,64	140.426.741,63	23.516.111,92	24.476.034,82

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 14. April 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller
Wirtschaftsprüfer

Seifert
Wirtschaftsprüfer

Corporate Governance Bericht

Das Bundeskabinett hat am 01. Juli 2009 die "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung" im Bereich des Bundes verabschiedet. Die Grundsätze, bestehend aus Teil A: Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK), Teil B: Hinweise für gute Beteiligungsführung bei Bundesunternehmen, Teil C: Berufungsrichtlinien, lösen die bisherigen "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" sowie die unter ehemals Anlage 2 der "Hinweise" geführten "Berufungsrichtlinien" ab.

Der PCGK richtet sich u.a. an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist. Ziel des PCGK ist u.a., die Unternehmen und deren Überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen.

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, ist ein 100 %iges Tochterunternehmen des Bundes. Mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 hat die Gesellschafterin der LMBV die Geschäftsleitung und das Überwachungsorgan der LMBV verpflichtet, die Bestimmungen des PCGK in der jeweils gültigen Fassung mit Zugang des Beschlusses zu beachten und diese auch in den Tochtergesellschaften der LMBV zur Anwendung zu bringen.

Die LMBV kommt mit dem vorliegenden Bericht den Anforderungen für das Jahr 2010 im Wesentlichen nach.

Die im PCGK enthaltenen Anforderungen und Empfehlungen waren zum überwiegenden Teil bereits in der Vergangenheit als verbindliche Anforderungen im Rahmen der Beteiligungsführung des Bundes an die Gesellschaft gerichtet. Insoweit hat die LMBV ihnen auch schon vor der Verpflichtung zur Beachtung des PCGK entsprochen. Im Übrigen können sich jedoch Abweichungen ergeben, da u.a. Zuständigkeiten durch den Gesellschafter anders geregelt sind.

Darstellung des Frauenanteils im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LMBV setzt sich nach Drittelbeteiligungsgesetz aus neun Personen zusammen, darunter ist eine Frau.

Entsprechenserklärung

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben eine Entsprechenserklärung gemäß **Anlage 1** ab.

Bonn, den 10.02.2011

Senftenberg, den 04.02.2011

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

Dr. Hartmann

Dr. Kuyumcu

Dr. Meyer

**Entsprechenserklärung gemäß Ziffer 6.1
des Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, und der Aufsichtsrat der LMBV wurden mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 zur Beachtung der Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ab Zugang des Gesellschafterbeschlusses verpflichtet. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben nach pflichtgemäßer Prüfung die folgende Entsprechenserklärung ab:

Die LMBV entspricht den Anforderungen und Empfehlungen des PCGK. Abweichungen resultieren aus der Tatsache, dass Zuständigkeiten durch den Gesellschafter bzw. in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates anders geregelt sind.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Abweichungen von den Empfehlungen des PCGK zu verzeichnen:

Ziffer 4.3.1 und 4.3.3

Die Vergütung der Geschäftsführung wird durch den Gesellschafter festgelegt.

Ziffer 5.2.2 Die Empfehlung der Festlegung einer Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder fällt in den Aufgabenbereich des Gesellschafters der LMBV.

Ziffer 6.2.1 Die Darstellung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsführung erfolgt im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert. Eine Einbeziehung der Pensionszusage und deren Offenlegung werden nicht vorgenommen, da die Vertragsparteien hierfür keine Offenlegung vereinbart haben.

Bonn, den 10.02.2011

Senftenberg, den 04.02.2011

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

Dr. Hartmann

Dr. Kuyumcu

Dr. Meyer